

Reichskanzlers. Als erster größerer Etat wird der des Reichsjustizministeriums beraten, in Verbindung damit das von einigen Parteien beantragte Ueberleitungsgesetz für die Strafrechtsreform.

Einschneidende Ausgabenkürzung

Berlin, 15. Mai.

Der Reichsfinanzminister wird, wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, in Kürze dem Kabinett den, nunmehr fertiggestellten Entwurf eines Ausgabenkürzungsgesetzes zur Beschlussfassung vorlegen. Das umfangreiche und bedeutende Gesetz wird Neuregelungen und Vereinfachungsmaßnahmen auf den verschiedensten Gebieten bringen.

Vor allem ist eine Verringerung der Zahl der Reichsbehörden durch allmähliche Auflösung oder Zusammenlegung bestehender Behörden geplant.

Der Finanzminister fordert die Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete. Nach seiner Meinung bestehen aber auch zu viel Oberpostdirektionen, Postdirektionen, Landesfinanzämter und Amtsgerichte. In Frage kommt ferner eine

Verringerung des Personalaufwands durch Vorschriften, die eine allmähliche Verringerung der Kopfzahl der Beamten und Angestellten erreichen.

Von Seiten der Länder ist die Bitte ausgesprochen, daß die Dienstaltersgrenze von 65 auf 68 Jahre heraufgesetzt wird. Der Abbauder Sonderzuschläge soll in einer Reihe von Jahren erfolgen. Zum Besoldungssperregehalt sind die Vorschläge im einzelnen noch nicht ausgearbeitet. Bei der vorgesehenen Kürzung der Pensionen ist in Aussicht genommen, daß bei Doppelverdienern das Arbeitseinkommen, welches 6000 RM. übersteigt, zur Hälfte angerechnet werden soll.

Im Reichsrat ist weiterhin erörtert worden, die Einschränkung weiterer Rentenerhöhungen für Kriegsbeschädigte. In leichten Fällen ist eine Vereinfachung des Verfahrens und der Verwaltung vorgeschlagen. Es ist nicht eine Kürzung der Kriegsbeschädigtenrenten beabsichtigt, sondern nur eine Verhinderung des dauernden Zugangs.

Der Reichsfinanzminister hat weiter keinen Zweifel darüber gelassen, daß er im Augenblick alle Wünsche auf Besoldungserhöhung der Beamten ablehnen müsse.

Vertagung der Dsthilfe-Beratung

Berlin, 14. Mai.

Das Reichskabinett ist am Mittwoch, 4 Uhr nachmittags, zusammengetreten; der Hauptgegenstand der Beratung, nämlich die Fortsetzung der Erörterung der Gesetze betreffend die Dsthilfe, wurde aber abgesetzt, weil der Vizekanzler Dietrich erkrankt ist. Man hofft, in einigen Tagen die Dsthilfe-Beratung wiederaufnehmen zu können, bei der man den Wirtschaftsminister nicht entbehren will.

Ernstige Finanzlage der Deutschen Reichspost.

Berlin. Im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost erklärte Reichspostminister Dr. Schägel, daß ein saisonmäßiges Nachlassen eingetreten sei. Vor allem sei der Paket- und Telegrammverkehr um zwei Prozent weiter zurückgegangen. Die Finanzlage sei ernst. Der Monat März habe zehn Millionen Mark an Einnahmen weniger gebracht als veranschlagt. Das Rechnungsjahr 1929 werde mit einem Einnahmehausfall von 20 Millionen Mark abschließen. Dem stehen aber Ersparnisse und Reste gegenüber, die für den Ausfall ausgleichend wirken, so daß die Abfertigung an das Reich ohne weitere Finanzmaßnahmen der Reichspost gesichert bleibe. Der Minister hofft auf eine Konjunkturbesserung, da es sonst in Frage stehe, ob die monatlichen Teilzahlungen an das Reich noch durchgeführt werden könnten. Die Drosselung der Ausgaben im Fernsprechwesen sei mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit bisher nicht streng durchgeführt worden; man habe auf die Arbeiterzahl und ganz besonders auch auf die Arbeiter der Deutschen Reichspost Rücksicht genommen. Dies enthält aber das Risiko, daß später eine schärfere Drosselung eintreten müsse, wenn es nicht gelingt, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Nebenfalls mache die Deutsche Reichspost die größten Anstrengungen, die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Die Paneuropa-Konferenz.

Fast alle europäischen Staaten beteiligt.

In diesen Tagen werden in Berlin Delegierte fast aller europäischen Staaten zu einer Internationalen Paneuropäer-Konferenz zusammenzutreten.

Die Bedeutung der Tagung wird dadurch gekennzeichnet, daß der Reichskanzler und andere Persönlichkeiten der Regierung und der Diplomatie für die Delegationsführer und Medner Empfänge veranstalten. Auf zwei öffentlichen Kundgebungen werden u. a. der frühere französische Minister Loucheur und der frühere britische Kolonialminister Amery sprechen.

Reichsinnenminister Wirth an Thüringen.

Polizeiverwaltung und Schulgebete.

Dr. Wirth hat an den thüringischen Ministerpräsidenten Baum ein Schreiben gerichtet, um die thüringische Regierung auf mehrfache Bedenken der Reichsregierung hinzuweisen. Einmal wird die unwidersprochene Meldung erwähnt, nach welcher der als Nationalsozialist bekannte frühere Staatsanwalt Föhl zum Polizeidirektor ernannt werden soll, evtl. ständen auch andere Nationalsozialisten vor der Berufung in maßgebende Polizeiamter.

Ferner fragt der Reichsinnenminister an wegen der vielfach besprochenen Entwürfe zu Schulgebeten, die vom thüringischen Minister des Innern Fricke veranlaßt wurden. Die Weimarer Regierung beschäftigt sich bereits mit den Anfragen Dr. Wirths.

Die thüringische Kabinettsitzung

Weimar, 15. Mai.

In der Mittwochssitzung des thüringischen Kabinetts war eine ungewöhnlich umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen. Die durch den Briefwechsel zwischen der thüringischen Regierung und dem Reichsinnenministerium wieder in den Vordergrund des Interesses gerückte Angelegenheit der Besetzung der Polizeidirektorenstellen in verschiedenen Städten Thüringens wurde anscheinend noch nicht geklärt. Staatsminister Baum brachte zum Ausdruck, daß die thüringische Regierung diese Angelegenheit in aller Ruhe zu erledigen gedenke.

Die Frage der Einführung des Schulgebetes auf Grund einer Verordnung des Volksbildungsministers Dr. Fricke stand nicht zur Beratung.

Genfer Gespräche um das Rheinland

Dr. Curtius über China.

Schluß in Genf spätestens Freitag.

Eine zweite Zusammenkunft des Reichsaussenministers Dr. Curtius mit Briand war in den späteren Nachmittagsstunden des Mittwochs anberaumt, in der technisch-politische Fragen der Rheinlandräumung zur Verhandlung stehen. In der Unterhaltung des Dienstags war noch keine völlige Einigung erzielt. Auf deutscher Seite wird die Auffassung vertreten, daß die Räumung des Rheinlandes zum 30. Juni in den Haager Abmachungen endgültig festgesetzt worden ist. Die Tagung des Völkerbundes soll am Donnerstag oder am Freitag zu Ende geführt werden. Reichsaussenminister Dr. Curtius beabsichtigt, am Freitag aus Genf abzureisen.

In der Sitzung des Rates wurde der Tätigkeitsbericht des Finanzausschusses entgegengenommen, in dem als Aufgabengebiete des Finanzausschusses die Danziger Kommunalanleihe, die Vautreform in Estland, die griechisch-bulgarische Auswanderung, Unterbringung der bulgarischen Flüchtlinge und die Währungsregelung in Bulgarien erwähnt werden. Der Rat befahl sich mit einem Bericht über die Zusammenarbeit zwischen der chinesischen Nationalregierung und der Synergieorganisation des Völkerbundes. Das Zusammenwirken zwischen Völkerbund und dem neuen China gab Reichsaussenminister Dr. Curtius Gelegenheit, darauf hinzuweisen, der Völkerbund möge immer auf die Wünsche und die Bedürfnisse dieses großen Landes eingehen, das ein so wichtiges Mitglied der internationalen Völkergemeinschaft sei. Der japanische Vertreter verwies darauf, daß man sich jetzt in einem neuen Zeitabschnitt der Tätigkeit des Völkerbundes in den fernöstlichen Gebieten befinde.

In der Opiumfrage, die bekanntlich durch englische Initiative in der letzten Völkerbundversammlung in ein neues Stadium getreten ist, beschloß der Völkerbundrat, die Konferenz zur Beschränkung und Kontingentierung der Herstellung von Opiumderivaten vorläufig auf den 1. Dezember dieses Jahres einzuberufen.

Oberschlesische Schulfragen.

Die seit langem den Völkerbundrat beschäftigende ober-schlesische Schulfrage wegen der Anmeldung der Kinder zu den deutschen Minderheitsschulen wird von der Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung abgesetzt und auf die nächste Tagung verwiesen. Die polnische Regierung hat in den letzten Tagen ein Dekret erlassen, mit dem eine neue Lage geschaffen und auf das persönliche Erscheinen der Erziehungsberechtigten vor einer besonderen Kommission verzichtet wird. Das Dekret schafft die Möglichkeit, die Kinder lediglich durch Ausfüllen eines Formulars zu den Minderheitenschulen anzumelden. Aber dies gab der polnische Außenminister Baleski Reichsminister Dr. Curtius eine Erklärung, wonach die Handhabung dieses Dekrets in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Genfer Konvention über Oberschlesien erfolgen soll. Die Auswirkung dieses Dekrets soll abgewartet werden.

Vor Abschluß der Ratstagung

Genf, 15. Mai.

Die Dispositionen für den Abschluß der Ratstagung sind bereits getroffen. Es ist beabsichtigt, wenn irgend möglich, heute vormittag die Schlußsitzung abzuhalten.

Der Gegenbesuch Briands beim Reichsaussenminister Curtius wurde auf heute vormittag verschoben, da Grandi, der bereits Donnerstag mittag Genf verläßt, eine neue Unterredung mit dem französischen Außenminister hatte. Mit dieser einstündigen Zusammenkunft wurden die hiesigen französisch-italienischen Besprechungen abgeschlossen. Sie sollen auf diplomatischem Wege forgesetzt werden.

Was bringt Genf der Saar?

Deutschlands Außenminister Dr. Curtius scheint auch nicht politisch ganz unsonst zum erstenmal nach Genf gefahren zu sein. Wenigstens hat er in seiner Unterhaltung mit dem französischen Außenminister eine Art unbestimmten Versprechens darüber erhalten, daß die seit vielen Monaten stattfindenden Pariser Verhandlungen über die baldige Räumung des Saargebietes ein wenig beschleunigt werden; sie sollen mindestens dann zu Ende und zu einem Beschluß gekommen sein, wenn im September die Tagung des Völkerbundes stattfindet. Denn an und für sich kann ja keine Rechtskraft erhalten, was Deutschland und Frankreich über das Saargebiet unter Abänderung der Versailler Bestimmungen beschließen, wenn nicht der Völkerbund, in dessen Händen offiziell und bestimmungsgemäß die Verwaltung jenes Gebietes liegt, seinen Segen dazu gibt. Diese Form muß gewahrt werden, aber es ist natürlich nur eine Form, weil ja im Saargebiet den wirklichen Einfluß Frankreich und niemand anders besitzt.

Von Paris her kommen ja auch bei den laufenden Verhandlungen immer wieder neue Schwierigkeiten. Tatsache ist jedenfalls, daß man bisher auch nicht einen Schritt vorwärts gekommen ist, weder in der Frage, wie und unter welchen Bedingungen, zu welchem Preis und in welcher Form die Kohlenwerke des Saargebietes an Deutschland zurückgegeben werden sollen. Ebenjowenig in der anderen, wie das politische Verhältnis zwischen dem Saargebiet auf der einen, Frankreich bzw. Deutschland auf der anderen Seite gestaltet werden soll. Bei der Bewertung der Kohlenbergwerke wird man auf deutscher Seite darauf verweisen können, welche Schwierigkeiten die französische Verwaltung des Saarbergbaues mit dem Abzug der dortigen Kohle hat; jedenfalls geben diese Schwierigkeiten gerade jetzt angeblich die Veranlassung dazu, daß die französische Verksleitung 1400 Bergarbeiter ohne Einlegung von Feierschichten gekündigt hat, ohne die Bergarbeiterorganisationen davon auch nur zu benachrichtigen, geschweige denn sie zu befragen. Infolgedessen herrscht unter der saarländischen Bergarbeiterschaft, die sich freiwillig für die Einlegung von Feierschichten erklärt hatte, um zu verhindern, daß ihre Kameraden auf die Straße gesetzt werden, wieder einmal große Erregung. Da es sich außerdem um Bergarbeiter handelt, deren Wohnsitz jenseits der Grenze des Saargebietes liegt, muß in der Hauptsache Deutschland auch noch die Kosten der Arbeitslosenunterstützung tragen!

Im Saargebiet besteht ja, seitdem offiziell der Abzug der französischen Truppen erreicht worden ist, ein sogenannter „Vahnschutz“, der sich von den Besatzungstruppen unterscheidet wie ein Ei vom andern. Nun hieß es plötzlich, daß dieser „Vahnschutz“ unter dem Namen „Grubenschutz“ auch dann im Saargebiet bleiben sollte — wenigstens bis 1935, dem eigentlichen Ablaufstermin der Räumungsfrist —, wenn das Gebiet vor diesem Termin an Deutschland zurückfällt. Überflüssig zu sagen, daß dies doch nur eine, wenn auch verhüllte Form weiterer Besetzung wäre und deswegen für Deutschland nicht tragbar ist. Diese Truppe ist außerdem unter den Einzelheiten überhaupt sehr unbeliebt und Schlägereien sind an der Tagesordnung; sie bedeutet mehr eine Gefahr als einen Schutz für dieses Gebiet. Ganz ausgeschlossen ist es nicht, daß hinter diesen Gerüchten ernsthaftere französische Wünsche stecken; denn Deutschland hat es jedesmal bei derartigen Verhandlungen erfahren müssen, daß französischerseits immer wieder ganz unworthergesene, meist sehr merkwürdige Vorschläge gemacht wurden, die den Wert des zu erreichenden Zieles erheblich beschränkten. Auch im Saargebiet muß man doch nun endlich dazu kommen, daß klare und selbstverständliche Verhältnisse geschaffen werden, man nicht neue Einrichtungen trifft, die praktisch über die schweren Bestimmungen des Versailler Vertrages noch hinausgehen, immer und immer wieder die Souveränität Deutschlands auf seinem eigenen Gebiet einzuschränken versuchen. Es ist fast so, als hänge man in Paris immer noch etwas an dem Traum eines französischen Saargebietes, dem ja gerade der jetzige französische Ministerpräsident Lardieu 1919 bei den Verhandlungen über die Grenzziehung des Versailler Friedens einen sonderbaren Ausdruck gab durch die angeblich 150 000 Unterchriften von Saarländern, die mit aller Gewalt den Anschluß an Frankreich wünschten! In der Unterredung Curtius-Briand soll jedoch festgelegt worden sein, daß der Truppenersatz des Vahnschutzes im Saargebiet zugleich mit der Rheinlandbesetzung endgültig verschwindet. Hoffen wir das Beste!

Jedenfalls würden derartige „Häfeleien“ auch gar nicht so recht passen zu der „Europäerlichkeit“ Briands, die auch in Genf herumspukt, die nun tatsächlich, wie Briand dem deutschen Außenminister mitteilte, in den nächsten Tagen den europäischen Regierungen zugehen soll. Antwort wird gleichfalls bis zur Septembertagung des Völkerbundes erwartet. Man weiß natürlich heute noch nichts Genaues, spricht von einer internationalen Münze, von einem internationalen Reisepaß, aber ob wirklich wichtige Vorschläge wirtschaftspolitischer oder gar rein politischer Art mit der Überschrift: „Völker Europas, vereinigt euch!“ gemacht werden, ist sehr zweifelhaft; denn in diesen Dingen sind die noch längst nicht vereinigten Staaten Europas überaus — klug. Was nicht bloß die bisher ergebnislos gebliebenen Wirtschaftsverhandlungen über Zollfragen beweisen, sondern auch der schon fast historisch anmutende Streit um das Saargebiet.

Straßenschlacht in Rangoon.

Das unruhige Indien.

Der Hafenarbeiterstreik in Rangoon hat ein alarmierendes Stadium erreicht. Von den Streikenden wurden Aufsch, die Mischfabrik zogen, angegriffen, um sie zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Nach verschiedenen Zusammenstößen entstand eine regelrechte Straßenschlacht, in die dann die Polizei eingriff. Die Menge konnte nicht auseinandergetrieben werden, so daß die Polizei durch Truppen verstärkt werden mußte. Die Zahl der Streikenden ist inzwischen auf 6000 angewachsen, die Schiffahrt ist vollkommen lahmgelegt.

In Bombay sind drei prominente Führer des vor einiger Zeit gebildeten Kriegsrates des Bombayer Kongressausschusses verhaftet und wegen Verletzung der Salzgesetz zu je fünf Monaten schwerem Gefängnis verurteilt worden. In Scholapur hatte die Verhängung des Kriegszustandes eine Massenabwanderung aus der Stadt zur Folge. Die von der Stadt abgehenden Züge sind überfüllt. Auf dem Salzdepot von Scholapur wurde von 200 Freiwilligen ein Sturm unternommen. Die Polizei griff ein und verhaftete 158 Personen. Bei dem Handgemein wurden 16 Personen verletzt.

Neue Angriffe auf die Salzlager.

Frau Naidu, die jetzige Führerin der Gandhi-Bewegung, will am Donnerstag mit einer Anzahl von Freiwilligen von Bombay aus den Marsch nach den Salzlagern in Dharasana antreten. Ihre Verhaftung steht bevor.

In Scholapur haben 200 Gandhileute das dortige Salzlager angegriffen. 158 von ihnen wurden verhaftet. Bei dem Zusammenstoß mit der Polizei sind 16 der Angreifer verletzt worden. Mehrere Ereignisse werden aus Villen-tarke berichtet. In Scholapur sind erneut 18 Personen verhaftet worden.

Am Khyberpab ist ein britisches Militärflugzeug abgestürzt, wobei die Insassen getötet wurden.

Abwehrmaßnahmen in Dharasana.

Alle in dem Hauptquartier der Gandhibewegung in Dharasana liegenden Polizeitruppen sind im Zusammenhang mit dem angekündigten Marsch der Frau Naidu nach Dharasana beordert worden, wo umfangreiche Abwehrmaßnahmen getroffen werden. Die Zugänge zu den Salzplätzen sind durch starke Polizeiposten gesperrt und die Salzgewinnungsanlagen selbst mit Stacheldraht umgeben worden.

Neues Grubenunglück in Oberschlesien.

Drei Bergleute getötet.

Auf der zum Thüringen-Bergbau gehörigen Zeche anlage Sosniza in Gleiwitz ereignete sich ein schweres Unglück, das drei Todesopfer forderte. Im Seinitz-Floß ging ein Pfeiler zu Bruch, wodurch drei Mann verschüttet wurden. Ein Häuer wurde nach kurzer Zeit tot geborgen, während die beiden anderen Förderleute noch eingeschlossen sind. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sie noch leben.

Auf der 365-Meter-Sohle des Andreas-Floßes der Konordia-grube, auf der sich vor einigen Tagen die schwere Schlagwetterkatastrophe ereignete, verunglückte durch giftige Gase der Maschinist Kurt Schmidt aus Sorau N.-S.-töblich. Von den drei Schwerkriegsleuten, die die Schlagwetterkatastrophe forderte, ist ein Häuer seinen Verletzungen erlegen.